



BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Klimaneutrales Ingolstadt 2050

Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.01.2016

-Abänderungsantrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 31.03.2016-

Beratungsabfolge

Sitzung	Datum	Beschlussqualität
Stadtrat	14.04.2016	Entscheidung

Antrag:

die CSU- Stadtratsfraktion unterstützt nachdrücklich das Anliegen, die Klimaschutzpolitik in unserer Stadt voranzutreiben.

Wenn das Ziel der Bundesregierung, bis 2020 die Emissionen von Treibhausgasen um mindestens 40% gegenüber dem Stand von 1990, und bis 2050 sogar um 80 – 95% zu senken, erreicht werden soll, bedarf es der Unterstützung durch die kommunale Ebene.

Die neue Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums bietet, wie bereits im Antrag vom 27.01.2016 dargestellt, gute Fördermöglichkeiten sowohl bei der Schaffung eines integrierten Klimaschutzplans wie auch für die Erstellung von Teilkonzepten (betreffend zum Beispiel die Teilbereiche Mobilität, erneuerbare Energien, Green-IT...).

Während der Antrag der Stadtratsfunktion von Bündnis 90/Die Grünen die Erstellung eines integrierten kommunalen Klimaschutzkonzepts für Ingolstadt zum Ziel hat, das alle relevanten Handlungsfelder der Klimaschutzpolitik erfassen soll, schlägt die CSU- Stadtratsfraktion vor, unter Berücksichtigung ökologischer und ökonomischer Aspekte zunächst Teilbereiche im Sinne von Teilkonzepten zu betrachten und zu entwickeln.

Diese Herangehensweise hat den Vorteil, dass auf einzelnen Gebieten (zum Beispiel Mobilität: Radverkehr; erneuerbare Energien: Fernwärme, Wasserkraft...) relativ schnell ein Ist-Stand erhoben werden kann. Hierbei wird man feststellen, dass sich in Ingolstadt in Sachen Klimaschutz schon konkret einiges getan hat. So ist zum Beispiel durch die Stadtwerke die Straßenbeleuchtung in der Innenstadt und im Klenzepark bereits auf energieeffiziente LED-Leuchten umgestellt worden. Im Güterverkehrszentrum der IFG wurde schon 2011 eine leistungsstarke Photovoltaikanlage angebracht; der Ausschuss für Stadtentwicklung, Ökologie und Wirtschaftsförderung hat sich kürzlich mit Planungen für eine Solarfeldanlage neben der Bundesautobahn A 9 befasst.

Von dem bereits Erreichten ausgehend lassen sich dann rasch weitere Ziele definieren und praktische Maßnahmen umsetzen. Dieses Vorgehen erscheint effektiver und ressourcenschonender als die Entwicklung eines umfangreichen Gesamtkonzepts, welches nur in einem längerfristigen Prozess erstellt werden könnte. Die Erfolge werden so schneller sichtbar, was auch zur Motivation aller Beteiligten beiträgt. Dabei ist es letztlich nicht ausgeschlossen, dass

im Laufe der nächsten Jahre aus den einzelnen Teilkonzepten ein Gesamtkonzept im Sinne eines Gesamtbildes entsteht.

Die CSU-Stadtratsfraktion stellt folgenden **Abänderungsantrag**:

1. Die Verwaltung wird unter Federführung des Umweltreferenten gebeten, baldmöglichst in ressortübergreifender Abstimmung und unter Einbeziehung der auf dem jeweiligen Handlungsfeld tätigen Akteure diejenigen Bereiche zu ermitteln, auf denen die Erstellung eines Teil-Klimaschutzkonzepts erfolgreich umsetzbar erscheint, und die entsprechenden Projektanträge zu stellen.
2. Zu prüfen sind dabei zunächst insbesondere die Bereiche Mobilität (Ingolstadt als fahrradfreundliche Kommune; Stärkung des ÖPNV) und Energie (Fernwärme, Solarenergie) sowie förderfähige Klimaschutzinvestitionen bei öffentlichen Gebäuden (Schulen, Kindertagesstätten...) und bei der Straßenbeleuchtung (LED).
3. Dem Stadtrat bzw. den zuständigen Ausschüssen ist spätestens bis zum Ende des Jahres 2016 und fortlaufend bei Bedarf, jedenfalls alle zwei Jahre über den Stand der Projektentwicklung und eventuell weitere in Betracht zu ziehende Handlungsfelder zu berichten.

Beschluss:

Stadtrat vom 14.04.2016

Daraufhin wird nachstehender interfraktioneller Antrag beschlossen:

Mit allen Stimmen:

1. Die Stadt Ingolstadt erstellt einen integrierten kommunalen Klimaschutzplan „Klimaneutrales Ingolstadt 2050“ mit Zielen, Maßnahmen und Evaluation. Darin sollen alle klimaschutzrelevanten Handlungsfelder und Akteure unserer Stadt einbezogen sein sowie bestehende kommunale Maßnahmen. Insbesondere sind auch Einzelprojekte vorzulegen unter Angabe des Ziels, der Zielerreichung, der sozialen Belange und der Kosten.
2. Das Klimaschutzmanagement unter Federführung des Referates VIII organisiert, begleitet und unterstützt die Beteiligung von Bürgerschaft, Wirtschaft, Vereinen und Institutionen der Stadt.
3. Dem Stadtrat bzw. den zuständigen Ausschüssen ist spätestens bis zum Ende des Jahres 2016 und fortlaufend bei Bedarf, jedenfalls alle zwei Jahre über den Stand der Projektentwicklung und eventuell weitere in Betracht zu ziehende Handlungsfelder zu berichten.

Der ursprüngliche Antrag der CSU-Stadtratsfraktion ist hiermit erledigt.